



26.01.2024

Politischer Forderungskatalog BBV Kreisverband Weilheim-Schongau

Im Nachgang zu den Demonstrationen zum

Agrardiesel und zur KFZ-Steuerbefreiung

im Januar 2024 zeigt der BBV Kreisverband Weilheim-Schongau weitere nachfolgende Problembereiche im Landkreis Weilheim-Schongau auf und fordert von der Politik, Lösungen zu schaffen.

Düngung

Derogation – 170 kg N-Regelung

- Eine Begrenzung der Wirtschaftsdüngerausbringung auf 170 kg N / ha ist für unsere Region sehr problematisch.
- Bei einem Nährstoffentzug von bis zu 270 kg N / ha und mehr muss der Mehrbedarf durch mineralische Düngung ausgeglichen werden. Für die Herstellung mineralischer Düngemittel werden riesige Mengen fossiler Brennstoffe benötigt, was im Hinblick auf den Klimawandel völlig kontraproduktiv ist. Für die Betriebe führt das zu erheblichen Mehrkosten und Bio-Betriebe können keine mineralische Ausgleichsdüngung durchführen.
- Die Stickstoffgabe über Wirtschaftsdünger im Landkreis ist sinnvoll und möglich, weil die Böden aufnahmefähig bzw. das entsprechende Haltevermögen haben, die Niederschläge ausreichend sind und ein Transport von Gülle in andere Betriebe oder Ackerbaubereich unnötige Transportkosten verursacht.

bodennahe Gülleausbringung

- Für die bestehende verpflichtende bodennahe Gülleausbringung im Grünland ab 2025 müssen praxistaugliche Ausnahmeregelungen geschaffen werden.
- Ein Ansatz könnte die Gülle-App sein.
- Dieser Ansatz fand bereits Niederschlag im Zukunftsvertrag mit der Staatsregierung.
- Es kommt jetzt auf eine zeitnahe und praxistaugliche Umsetzung an, wo beispielsweise die für uns relevanten Größen wie Temperatur und Niederschlag berücksichtigt werden.

.../2

Abschaffung der Sperrfristen nach Düngeverordnung

- Pauschale und fixe Vorgaben sind praxisfremd.

Aufzeichnungen – Düngebedarfsermittlung, etc.

- Die derzeit erforderlichen Berechnungen, Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten verursachen einen sehr hohen bürokratischen Aufwand. Wegen der Komplexität müssen diese Tätigkeiten in den meisten Fällen an Dienstleister vergeben werden. Der betriebliche Bezug wird dadurch deutlich geschwächt. Hier muss zwingend nachgebessert werden.

Bürokratieabbau

Bürokratieabbau wird von allen gefordert. Durch die Umsetzung in nachfolgenden Bereichen könnte dazu ein wesentlicher Beitrag geleistet werden.

Baumaßnahmen

- Die Anforderungen an bauliche Maßnahmen gerade an Güllegrube oder Fahrsilos haben ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Dabei werden derart hohe Standards angesetzt, dass der Aufwand im Verhältnis zu den Kosten und dem Nutzen für die Umwelt in keinem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

Problemierarten

- Es sind dringend effiziente und unbürokratische Bestandsmanagementspläne für folgende Tierarten erforderlich
- Der Biber, Wolf, Saatkrähe
- Dafür muss auch der naturschutzfachliche Schutzstatus geändert werden.

2. Säule – KULAP / VNP

Vorgaben Schnitzeitpunkte

Die fixen und starren Vorgaben bei den Schnitzeitpunkten tragen den örtlichen Belangen oftmals nicht Rechnung.

Die zunehmende Ökologisierung der 2. Säule wird mit großer Sorge gesehen.

Die Programmentwicklung muss sich stärker an den wirtschaftenden Betrieben orientieren und deren Belangen Rechnung tragen.

Flächenstilllegung

Die 4 % Flächenstilllegung im Ackerbau gehört abgeschafft.

Anbinde- / Kombinationshaltung

Sie ist eine wichtige Haltungsform in unserem Landkreis.

Die Abschaffung wird viele Betriebe zur Aufgabe zwingen, was einen gravierenden Strukturwandel nach sich ziehen wird.

Bildung

Land- und Forstwirtschaft ist als zentrales Thema in den Schulen bzw. in den Lehrplänen einzubauen. Die richtigen und wichtigen Ansätze der bekannten Maßnahmen wie „Schule fürs Leben“ und das „Ministerprojekt“ sind weiter zu entwickeln.

Grünlandumbruchverbot

Aus wissenschaftlicher Sicht muss die Bodenbearbeitung / Nutzung den veränderten Klimaparametern angepasst werden. In dieser Hinsicht ist das starre Grünlandumbruchverbot völlig deplatziert.

Agrarmärkte

Unsere Betriebe stehen in einem nationalen und internationalen Wettbewerb. Wettbewerbsbenachteiligende Maßnahmen sind abzubauen, bzw. ist ein jeweiliger Ausgleich zu schaffen. Treibereien bei den Produktionsstandards müssen beendet werden.

Dazu gehört beispielsweise auch der drohende Wegfall bei der Rückerstattung beim Agrardiesel.

FAL-BY App

Die eingeführte FAL-BY App hat zu einem massiven Arbeits- und verwaltungsaufwand bei den Betrieben geführt.

Hier sind wesentliche Vereinfachungen durchzuführen.

Die Weiterentwicklung mit der künstlichen Intelligenz kann nicht auf dem Rücken der Bauern ausgetragen werden.